

Information

Mit einem Bekenntnis zur Wiedervereinigung zwischen katholischer und armenischer Kirche ging ein offizieller Besuch zu Ende, den das Oberhaupt der armenisch-gregorianischen Kirche, Katholikos Vasgen I., Papst Paul VI. und dem Heiligen Stuhl abgestattet hatte. In einer gemeinsamen Erklärung wird betont, daß die Wiederherstellung dieser Einheit den Willen des gemeinsamen Erlösers erfülle und den christlichen Weltdienst viel fruchtbarer gestalten werde. Die Theologen beider Kirchen werden aufgefordert, sich einem gemeinsamen Studium zu widmen, das der Vertiefung ihres Wissens um das Geheimnis Jesu Christi und der in ihm erfolgten Offenbarung dient. Die gemeinsame Forschung müsse auf gegenseitiger Anerkennung des gemeinsamen christlichen Glaubens und sakramentalen Lebens sowie auf der gegenseitigen Achtung basieren. Die Forschung laufe jedoch Gefahr, steril zu bleiben, wenn sie nicht im ganzen Leben der Kirche wurzelt. Deshalb wünschen Papst und Katholikos, daß sich eine engere Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten des christlichen Lebens entwickelt.

Paul VI. sei der Papst, dem die Aufgabe zugefallen sei, der Vollstrecker der Resultate zu sein, die das II. Vatikanische Konzil erarbeitet hat, schreibt der Kieler evangelische Kirchenhistoriker Peter Meinhold in einem Artikel der Katholischen Nachrichtenagentur zum 50jährigen Priesterjubiläum des Papstes. Er müsse in feste Bahnen lenken, was dadurch an neuen Bewegungen in der katholischen Kirche ausgelöst worden sei. Auf Grund dieser Tatsache wie auch durch seine Reisen von wahrhaft ökumenischer Bedeutung sei Paul VI. dazu berufen, das Verhältnis der katholischen Kirche zu den nichtkatholischen Kirchen und Gemeinschaften neu zu bestimmen. Der echten Brüderlichkeit dieses Papstes, der wegen seines wiederholten Mutes zur Unpopularität vielfach nicht gerecht gewürdigt werde, sei es zu danken, daß Klima und Atmosphäre für den ökumenischen Dialog wesentlich verbessert worden seien.

Anlässlich eines Visitationsbesuchs in der Vereinigten Arabischen Republik betonte der griechisch-katholische (melkitische) Patriarch von Antiochien, Maximos V. Hakim, die Bedeutung der unierten Ostkirchen innerhalb der katholischen Weltkirche, die durch ihr starkes Traditionsbewußtsein und die unverfälschte Bewahrung des frühchristlichen Kirchenlebens und -rechts ihren zahlenmäßig viel stärkeren Brüdern, bei denen eine große Unruhe und Ungewißheit ausgebrochen ist, mit Rat und Tat zur Seite stehen könnten. Als konkrete Beispiele nannte der Patriarch den ostkirchlichen Mittelweg in Zölibat, Ehescheidung und der Beteiligung der Laien an der Kirchenverwaltung.

Für die Abhaltung eines nationalen Pastoralkonzils haben sich die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten mit 130 zu 67 Stimmen ausgesprochen. Da für die erforderliche Zweidrittelmehrheit jedoch zwei Ja-Stimmen fehlten, hat der Beschluß noch keine Rechtskraft. Die Bischofskonferenz setzte ein aus 50 Mitgliedern bestehendes Komitee ein, das die Modalitäten eines nationalen Pastoralkonzils prüfen und das Ergebnis ihrer Studien der nächsten Vollversammlung des US-Episkopats zur endgültigen Entscheidung vorlegen soll. Dem Komitee gehören aus den zehn geographischen Zonen des Landes je ein Bischof, ein Weltpriester, ein Ordensgeistlicher, eine Ordensfrau und ein Laie an. Angesichts der starken Reserven, die unter manchen amerikanischen Bischöfen noch gegenüber allen Formen einer Mitbestimmung von Priestern und Laien bestehen, appellierte der Präsident der Bischofskonferenz, Kardinal John Dearden von Detroit, an seine Amtsbrüder, die umfassende, reiche, christliche Erfahrung willkommen zu heißen, die ihnen von anderen zukomme. Autorität und Verantwortlichkeit der Bischöfe werden durch eine Mitverantwortung anderer nicht beeinträchtigt, wohl aber werde die Bürde der Verantwortung leichter.

Der erste interkonfessionelle Kibbuz entsteht derzeit in der Nähe von Kirjat Jearim bei Jerusalem unter dem Namen „Neve Schalom“. In ihm sollen Juden, Christen und

Moslems unter voller Wahrung der religiösen Eigenständigkeit brüderlich zusammenleben. In Neve Schalom soll auch ein Begegnungszentrum geschaffen werden, in dem in erster Linie ökumenische Tagungen stattfinden sollen. Den Dialog zwischen Christen und Juden in Israel hat sich auch das Christendorf „Nes Amim“ in Galiläa zum Ziel gesetzt, das von Einwanderern aus verschiedenen christlichen Ländern aufgebaut wurde. In der Nachbarschaft latente Widerstände gegen die Anwesenheit von Deutschen in der christlichen Siedlung konnten in langen Gesprächen und vielen Begegnungen nach und nach abgebaut werden.

Gegen eine voreilige Gleichsetzung von Entwicklungspolitik und Friedenspolitik sprach sich der Leiter der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (Hamburg) und Mitglied der EKD-Kammer für Entwicklungsdienst, Jürgen Heinrichs, in einer Thesenreihe im epd-Informationsdienst aus. Nach Meinung Heinrichs' ist Entwicklungspolitik auch heute noch das Gegenteil von Friedenspolitik. Eine der Hauptursachen kriegerischer Auseinandersetzungen in der Dritten Welt seien die Interessen der hochindustrialisierten Länder. Als eklatante Beispiele nennt er Vietnam, den Nahost-Konflikt und den Bürgerkrieg zwischen Nigeria und Biafra. Häufig genug könne das wirtschaftspolitische Verhalten gegenüber den Entwicklungsländern nur mit dem Begriff Ausbeutung zutreffend beschrieben werden. Hier von Friedenspolitik zu reden, sei ein massiver Mißbrauch des Friedensbegriffes, der nur dazu dienen könne, die wahren Verhältnisse zu verschleiern. Entwicklungspolitik habe nichts mit Friedenspolitik zu tun, solange die offenen und versteckten Maßnahmen zur Militärhilfe ignoriert werden. Die für Militärhilfe zur Verfügung gestellten Mittel erreichten oder überstiegen oft die Mittel der Entwicklungshilfe.

Migration und Entwicklung war das Thema der im Mai in St. Pölten (Niederösterreich) abgehaltenen 13. Tagung des Weltkirchenratsausschusses für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer in Westeuropa. Dabei wurde betont, daß sich die Gastarbeiter in den

Industrieländern Westeuropas als Opfer von Verhältnissen fühlten, die ihre Ursache nicht nur in der zurückgebliebenen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer, sondern auch in der ungenügenden gesellschaftlichen Entwicklung der Aufnahmeländer hätten. Weiters wurde hervorgehoben, daß die Mitarbeit der ausländischen Arbeitnehmer in allen sie betreffenden Fragen sowie ihre Teilnahme am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben auf lokaler und nationaler Ebene unerlässlich sei.

Scharfe Kritik an der amerikanischen Indochina-Politik übte der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf. Er bedauert den Einmarsch der US-Truppen in Kambodscha und meint, die Gründe, die Präsident Nixon dafür angeführt habe, ließen auf Gleichgültigkeit gegenüber den Verlusten an Menschenleben unter der indochinesischen Bevölkerung schließen. Nixon habe seinen Entschluß zudem mit abgegriffenen, überholten Worten gerechtfertigt. Der Ökumenische Rat verlangt in der Stellungnahme den Abzug aller ausländischen Truppen aus Indochina und die Einberufung einer neuen Indochina-Konferenz durch Großbritannien und die UdSSR. Seine Mitgliedskirchen forderte er auf, ihren ganzen Einfluß bei den Regierungen geltend zu machen und auf einen Verhandlungsfrieden zu drängen, bevor dieser Krieg in eine Katastrophe ausarte, in die die ganze Menschheit verwickelt würde.

Gegen die Militarisierung zahlreicher lateinamerikanischer Länder und das „Bündnis“ der Kirche mit der Armee in verschiedenen Staaten des Subkontinents wandte sich der Erzbischof von Santiago, Kardinal Silva Henríquez. Eine solche Interpretation der Religion sei sehr zu bedauern. Mit Nachdruck unterstrich Silva Henríquez auch die Mitverantwortung der Kirche für die in Lateinamerika herrschende soziale Ungerechtigkeit. Die bisherigen Vorstellungen der Kirche hätten die Erstarrung der ungerechten Strukturen begünstigt. Meist beschränkte sich die Verkündigung der Gerechtigkeit auf die Mahnung zur Befolgung der bestehenden Gesetze,

wobei man übersah, daß dadurch dem Fortbestand einer ungerechten Ordnung Vorschub geleistet wurde.

Berichte über Folterungen in Brasilien bestätigte Erzbischof Helder Camara von Olinda und Recife in einem Interview anlässlich eines Europaaufenthalts im Mai 1970. Allerdings könne er nicht sagen, ob der Staatspräsident oder die Behörden dafür verantwortlich seien. Die Schuld an den Vorkommnissen sei in dem Gewaltregime selbst begründet, das keine freie Presse und kein freies Parlament zulasse, die Ungerechtigkeiten aufdecken könnten. Der Behauptung der brasilianischen Regierung, sie wende nicht von sich aus Gewalt an, sondern reagiere lediglich auf die Gewalt der „Straße“, hielt Camara entgegen, daß der Anfang der Gewalt nicht von den Unterdrückten ausgehen könne.

Das nationale Priesterseminar in Cochabamba, in dem zahlreiche Experimente zur Erneuerung und Neugestaltung der Priesterausbildung durchgeführt wurden, hat auf Anordnung des bolivianischen Episkopats mit Ende des Studienjahres 1969/70 seine Pforten geschlossen. Die in diesem Seminar erprobten Reformen riefen in gewissen Kreisen des einheimischen Klerus und der ausländischen Missionare Kritik und heftigen Widerstand hervor und veranlaßten den Episkopat zur Zurücknahme der Reformen und zur Entfernung von Professoren und Erziehern. Die Ausbildung der Theologen lag seit der Gründung des Seminars im Jahr 1965 in den Händen einer Gruppe junger Priester der postkonziliaren OCHSA-Priesterbewegung. Die Bischöfe hatten den Seminaristen gestattet, in kleinen Gemeinschaften in der Stadt zu leben. Auf Grund der heftigen Kritik wurden die Professoren zuerst auf Seelsorgsstellen in einem Armenviertel am Rand der Stadt versetzt. Nach einiger Zeit wurde ihnen auch diese Tätigkeit untersagt. Daraufhin schlossen sich zahlreiche Laien zusammen, um sich gegen die Entfernung der OCHSA-Priester aus der Seelsorge auszusprechen.

Das griechische Kultusministerium hat griechisch-orthodoxen Schülern verboten, die

römisch-katholische Schule auf der Insel Korfu zu besuchen. Wie die Zeitung „Makedonia“ berichtet, sei das Verbot für das laufende Schuljahr mit der Begründung ausgesprochen worden, dadurch werde ein Verstoß gegen die Gesetze über den Proselytismus vermieden. Gleichzeitig werde eine griechische, christliche und sittliche Erziehung gewährleistet. Der Einspruch des Erzbischofs von Korfu, Antonio Verthalitis, gegen diese Entscheidung wurde von einer Gerichtskommission zurückgewiesen. Die katholische Privatschule befindet sich auf dem der Diözese gehörenden Gelände.

Neue Anweisungen für die Anmeldungen zum Religionsunterricht bei den Schuldirektoren untersagen staatlichen Angestellten in Ungarn grundsätzlich, ihre Kinder zum Religionsunterricht anzumelden. Der Kirche wird jede Werbung unter Androhung von Strafe verboten. Die Schulleiter werden angehalten, während der Anmeldung die Eltern auf die möglichen Folgen ihres Tuns hinzuweisen.

71 Prozent der rund 4,5 Millionen Slowaken sind religiös gläubige Menschen, 14 Prozent sind Atheisten und 15 Prozent stehen religiösen Fragen gleichgültig gegenüber. Diese Zahlen hat das Institut für Soziologie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften bei einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Religiosität in der Slowakei festgestellt. Die Untersuchungen wurden in den letzten drei Monaten des Jahres 1969 durchgeführt. Vier Fünftel von den 71 Prozent gläubiger Slowaken sind Katholiken. Nach Altersgruppen gegliedert, verteilen sich die religiös gläubigen Menschen wie folgt: Unter den 18- bis 24jährigen sind es 58,7 Prozent, unter den 25- bis 29jährigen 65,5 Prozent, unter den 40- bis 54jährigen 75,1 Prozent und unter den 55jährigen und älteren 82 Prozent. Bei der Gliederung nach Berufsgruppen stehen die Angehörigen der landwirtschaftlichen Berufe an der Spitze. Beobachter bezeichnen die Tatsache als bemerkenswert, daß sich nach mehr als 20jähriger intensiver antireligiöser Propaganda und entsprechender Beeinflussung in den Schulen noch immer ein überwiegender Prozentsatz von jungen Menschen zwi-

schen 18 und 24 Jahren als gläubig im engeren Sinn oder als „unentschieden“ bezeichnet hat. Insgesamt handelt es sich dabei um 84,4 Prozent. Ihnen stehen nur 15,6 Prozent gegenüber, die sich eindeutig als Atheisten bezeichnet haben.

Der Arbeitskreis Mischehe Würzburg erklärte in einem Offenen Brief an die deutschen katholischen Bischöfe, das Dekret *Matrimonia mixta*, das ohne Mitwirkung der Betroffenen und Seelsorger verfertigt wurde, sei ein schockierendes Dokument lebensferner Bürokratie. In dem Schreiben wird Klage geführt, daß sich die Amtskirche zusehends von der Wirklichkeit des Lebens entferne, und die Frage gestellt, warum man nicht dem Brautpaar die Entscheidung überlasse, ob es sich evangelisch, katholisch oder ökumenisch trauen lassen wolle. Es sei für einen Katholiken unwürdig und für den evangelischen Partner verletzend, in der Frage der Kindererziehung ein Versprechen abgeben zu müssen. In dem Arbeitskreis arbeiten Geistliche und Laien beider Konfessionen zusammen.

Einen heftig umstrittenen „Bericht über persönliche Beziehungen“ hat die Generalversammlung der (reformierten) Kirche von Schottland in Edinburg angenommen und beschlossen, für seine weitestmögliche Verbreitung in der Öffentlichkeit zu sorgen. Das Dokument enthält u. a. die Empfehlung, empfängnisverhütende Mittel auch an unverheiratete Frauen mit wechselnden Partnern auszugeben. Dieser Abschnitt über „die Pille“ löste stundenlange Diskussionen aus. Während die Gegner meinten, damit würden die von der Kirche selbst gesetzten Maßstäbe entwertet, sagten die Befürworter des Berichts, die Kirche habe heute nur noch die Wahl zwischen zwei möglichen Übeln, nämlich der Pille oder dem unerwünschten Kind; sie müsse sich für das kleinere dieser beiden Übel entscheiden.

Gegen jede Form kirchlicher Beteiligung an der Filmzensur hat sich der Filmbeauftragte der evangelisch-reformierten Kirchen in der deutschsprachigen Schweiz, Pfarrer Dolf Rindlisbacher (Bern), während der XXIII. Inter-

nationalen Filmfestspiele in Cannes ausgesprochen. Außerdem setzte sich Rindlisbacher, der seit 1967 hauptberuflich dieses Amt versieht, für die allgemeine Abschaffung der Erwachsenenzensur ein, da sie jenen Raum der Freiheit einenge, den der Mensch brauche, um zu einem eigenen Urteil zu gelangen. Auch bei der Prüfung von Filmen für Jugendliche sollten die Kirchen höchstens beratend am Rande mitwirken. Als gegenwärtige Schwerpunkte der evangelischen Filmarbeit in der Schweiz bezeichnete der Filmbeauftragte die Ausbildung geeigneter Persönlichkeiten für das Einüben der Zuschauer im kritischen Sehen von Filmen und das Beschaffen von Filmen für den Religionsunterricht in Kirche und Schule.

Ein ehemaliger Jesuit, der mit einer früheren Ordensschwester kirchlich verheiratet ist, wurde zum Gastprofessor an der Theologischen Fakultät einer der bedeutendsten katholischen Universitäten Amerikas, der Fordham-Universität in New York, berufen. Francis Clark war seinerzeit Professor am Jesuitenkolleg in Heythrop bei Oxford und nach 1963 auch an der Päpstlichen Gregoriana-Universität in Rom. 1968 wurde er seiner Ordensgelübde und priesterlichen Verpflichtungen entbunden. Die Berufung Clark's, der Vorlesungen über Christologie, die Theologie der Eucharistie sowie über die anglikanische Kirche halten wird, wird als Zeichen einer neuen Einstellung amerikanischer kirchlicher Autoritäten gegenüber ehemaligen Klerikern angesehen.

„Freundschaftsbünde“ von Personen ein und desselben Geschlechts kirchlich zu segnen, könne nicht erlaubt werden, da durch eine solche Segnung der gesamten Gesellschaft Schaden zugefügt und die Homophilen als Sondergruppe von der übrigen Gesellschaft abgekapselt würden, heißt es in einer Erklärung der niederländischen Bischofskonferenz aus Anlaß einer angekündigten Segnung. Die Kirche müsse aber den Problemen der Homosexualität größere Aufmerksamkeit zuwenden, die Diskriminierung Homosexueller bekämpfen und ihnen jede mögliche seelsorgliche Hilfe angedeihen lassen.